

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

BUNDESRATSWAHL Steht ein Wechsel an?

Mit wem gegen wen?

Der Gesamtbundesrat ist seit dem Frühjahr 1999 bürgerlicher zusammengesetzt als vorher. Die SVP hat stets die Ersetzung eines Christdemokraten durch einen zweiten SVP-Bundesrat am 15. Dezember anvisiert und befürwortete damit den Verbleib der zwei Sozialdemokraten (BR Dreifuss und Leuenberger) in der Regierung.

VON FDP-GENERAL-
SEKRETÄR JOHANNES
MATYASSY, MURI (BE)



Der Bundesrat ist deutlich bürgerlicher geworden: Was die FDP Anfang Jahr gefordert hat und nach der Bundesratswahl am 11. März 1999 kommentieren konnte («Gefordert ist von den zwei Neugewählten insbesondere finanzpolitische Verlässlichkeit sowie eine klare und realistische Haltung zur Weiterentwicklung der Sozialwerke»), ist Tatsache geworden. Seit der Ersatzwahl der neuen CVP-Bundesräte im letzten Frühjahr hat der Gesamtbundesrat in Fragen der Finanz-, Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik bürgerlich entschieden.

Konkordanz interpretiert à la SVP = CVP-Sitz im Visier

Die SVP will einen zweiten Sitz im Bundesrat. Begründet wurde dieser Anspruch von Ueli Maurer in den offiziellen Gesprächen mit den übrigen Bundesratsparteien mit folgender Argumentation: Die Konkordanz beziehe sich auf eine ver-

desräte aufbauen. Wenn die SVP ihren Anspruch seriös geltend machen will, muss sie rechtzeitig nominieren und bekannt geben, gegen welchen Bundesrat die Kandidatur aufgestellt wird. Das Parlament muss die Möglichkeit haben, eine allfällige ernstgemeinte Kandidatin oder einen Kandidaten kennenzulernen. Alles andere ist unseriös und einer Bundesratspartei unwürdig.

SVP für Einbezug sozialistischer Politik in die Regierung

Die SVP wollte also gegen einen CVP-Bundesrat antreten. Angenommen, der Coup gelänge: Von der politischen Positionierung her würde ein(e) Bürgerliche(r) durch eine(n) Bürgerliche(n) ersetzt. Die Sozialdemokraten hätten weiterhin den vollen Einfluss von zwei Stimmen. Ein Bundesrat mit zwei Volksparteilern statt zwei Christdemokraten wäre in etwa auf der gleichen Linie wie der heutige. Die SVP befürwortet – gemäss Ueli Maurer in den Bundesratsparteigesprächen vor wenigen Tagen noch – die Konkordanz im Verhältnis der Wählerstärken. Die SVP sagte damit auch deutlich Ja zum Verbleib der beiden SP-Bundesräte (Dreifuss und Leuenberger) mitsamt ihrer Ideologie und ihrer Politik in der Regierung. Wenn sie jetzt plötzlich das Ziel

hältnismässig «gerechte» Vertretung der Parteien in der Regierung. Verhältnismässig bezieht sich dabei auf die erreichten Wählerprozente. Deshalb habe die SVP als wählerstärkste Partei Anspruch auf einen zweiten Bundesratssitz. Folgte man dieser Argumentation, müsste die SVP den einen CVP-Sitz ins Visier nehmen, hat doch die CVP von den vier Bundesratsparteien den deutlich niedrigsten Wähleranteil. Das bestätigten Ueli Maurer («Die CVP muss auf ihren zweiten Sitz verzichten») und Christoph Blocher («Auf Kosten von Ruth Metzler») einhellig. Folgerichtig müsste die SVP jetzt also eine Kandidatur gegen einen der beiden CVP-Bun-

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Die Einladung zur DV vom 22. Januar 2000 in Muttenz auf Seite **5**
- Freiheit und Verantwortung in der Marktwirtschaft auf Seite **8**
- Vom Wert einer funktionierenden Sozialpartnerschaft auf Seite **11**
- Die besten Antworten zum «Freisinn»-Wettbewerb auf Seite **17**



wechselt, so ist das unglaubwürdig.

Unseriöses Tohuwabohu beenden

Die Aufforderung sei noch einmal wiederholt: Die SVP – will sie als Bundesratspartei ernstgenommen werden – muss ihre widersprüchlichen Testaussagen endlich beenden. Zuviel Wischiwaschi wurden in den letzten Wochen bezüglich eigener Kandidatur und

bezüglich zu ersetzender Persönlichkeit verbreitet. Einmal mehr, ähnlich wie bei den bilateralen Verträgen, hat die SVP eine klare Linie schmerzlich vermissen lassen.

Auf nach Muttentz!

Die erste Delegiertenversammlung der FDP Schweiz nach den Wahlen ist gleichzeitig die erste DV im Jahr 2000. Einmal mehr stehen wichtige Parolenfassungen an. Hinzu kommt eine Revision der Statuten der FDP Schweiz. Alle Freisinnigen sind

herzlich eingeladen, am Samstag, 22. Januar 2000, in Muttentz dabeizusein.

Programm und Anmeldetalon auf Seite 5 in diesem «Freisinn».

70563

Dr. Georg Meier
DIP, Schw.-Landesbibl.
Haltwy 15strasse 15
3003 Bern

STICHWORT «FÜHRUNGSKOMPETENZ» ◉ Überlegungen

Vom Magistraten zum Polit-Manager?

Während sich die Wirtschaft die Evaluation von Spitzenkadern viel Zeit und Geld kosten lässt, werden Magistraten auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene noch immer eher durch die Gunst der Stunde oder starke Lobbies berufen. Da heute aber auch in der öffentlichen Hand vermehrt Führungsqualitäten gefragt sind, gilt es diese Kompetenz bei potentiellen Exekutiv-Politikern verstärkt zu hinterfragen. Die nachfolgenden Überlegungen geben dazu einige Anstösse, zeigen aber zugleich auf, dass gerade in der Politik eine besondere Qualität der Führung gefordert ist, da der erfolgreiche «Polit-Manager» nebst seinem Können und Wissen vor allem durch seinen Charakter und seine Persönlichkeit überzeugen muss.

VON FDP-NATIONALRAT
PETER WEIGELT,
ST. GALLEN

Die unzähligen New-Public-Management-Projekte in öffentlichen Verwaltungen aller Stufen dokumentieren einen Wandel, der nicht nur die Mutation der Verwaltung zu einem modernen, kundenorientierten Dienstleistungsbetrieb zum Ziel hat, sondern parallel dazu aus Magistraten eigentliche Polit-Manager machen will. Wer jedoch die politische Selektion von exekutiv tätigen Politikern mitverfolgt, erkennt wenig vom geforderten Wandel und Profil. Denn noch immer bürgen die traditionellen Erfolgskriterien wie etwa eine langjährige Parteikarriere, die interne Hausmacht, ein politisches Mandat oder die richtige Region, das richtige Alter, das richtige Geschlecht usw. für Nominationserfolge.

Welche Magistraten braucht das Land?

Es ist wohl unbestritten, dass sich das Bild des Politikers, insbesondere des Magistraten, in den vergangenen Jahren gründlich geändert hat. Das Zwiespenspann von «Amt und Würde» hat



FDP-Nationalrat Peter Weigelt: «Wir brauchen einen Wertewandel in der politischen Personalplanung.»

längst einer herausfordernden Managertätigkeit Platz gemacht. So fordert der stete Wandel heute vermehrt Qualitäten wie analytisches Denken, geistige Flexibilität, natürliche Kommunikationsfähigkeit und zunehmend auch Sozialkompetenz. Denn mit der wachsenden Komplexität der Problemstellungen sind auch in Politik und Verwaltung

Teamleader gefragt, welche ihre Verantwortung in direktem Kontakt mit ihren Mitarbeitern wahrnehmen. Dies gilt um so mehr, als politische Behörden ähnlich wie Unternehmen, die am Markt bestehen wollen, in der Lage sein müssen, Entscheide zu delegieren, Prozesse zu beschleunigen und die «Kundenorientierung» über alle Stufen durchzusetzen.

Ähnliches gilt für den Magistraten selbst, können sich doch selbst erfolgreiche Unternehmen kaum noch Manager leisten, die ohne direkten Nutzen für den Wertschöpfungsprozess koordinieren, planen und verwalten. Denn auch für die Politik gilt, dass unsere Gesellschaft nicht von fähigen Verwaltern und Strategiepapieren verändert wird, sondern von handelnden, in direkter Verantwortung stehenden Menschen.

Ohne neue Köpfe keine Veränderung?

Während der Jahrzehnte sicherer Konjunktur und klarer politischer Konstellationen konnte sich in vielen Verwaltungen die Bürokratie zulasten des Handelns das Bewahrende auf Kosten der Innovation breit machen. Da sich unsere Umwelt aber in wirtschaftlicher wie technologischer Hinsicht radikal und in immer schnelleren Zyklen verändert, wäre heute eigentlich ein konsequentes Umdenken zugunsten zukunftsorientierter Sachlösungen gefordert. Leider aber richtet sich die politische Realität weiterhin auf eine kurzfristige Suche nach Akzeptanz und Popularität aus.

Vor diesem Hintergrund wären nun Magistraten oder eben Polit-Manager gefragt, welche die rasanten Umweltveränderungen als Chance erkennen und mit kreativem, flexiblem Denken und entschlossenem Handeln die sich bietenden Herausforderungen anpacken. Magistraten also, die sich nicht primär über eine perfektionierte Führungstechnik und vorgefasste Meinungen empfehlen. Gefordert ist vielmehr die Persönlichkeit des Polit-Managers, seine Entschlossenheit, seine Risikobereitschaft und seine Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen und umzusetzen.

ZUM THEMA

Das Zwiespenspann von «Amt und Würde» hat längst einer herausfordernden Managertätigkeit Platz gemacht.

Konkret heisst dies, dass die bisherige Wertehierarchie für politische Nominierungen «1. Wählbarkeit. 2. Verfügbarkeit. 3. Eignung» endlich umgekehrt wird.

Nicht Vergangenes, sondern Zukunftspotential bewerten

Auf Grund der gemachten Ausführungen wird erkennbar, dass sich die politische Personalselektion künftig weniger an einer rückblickenden Betrachtung als vielmehr an einer Bewertung des Zukunftspotentials einer Persönlichkeit zu orientieren hat. Diese Kriterien lassen sich jedoch nur schwer aus den Daten eines Lebenslaufs herauslesen. Sie erfordern vielmehr auch in der politischen Personalselektion eine gründliche und kompetente Evaluation potentieller Kandidaten.

Konkret heisst dies, dass die bisherige Wertehierarchie für politische Nominierungen «1. Wählbarkeit. 2. Verfügbarkeit. 3. Eignung» endlich umgekehrt wird und die Selektion über die Eignung und Verfügbarkeit zur Frage der Wählbarkeit führt. Damit dieser Wertewandel in der politischen Personalplanung Wirklichkeit wird, ist Führung und Verantwortung seitens der Selektionsgremien, sind klare Profile und Empfehlungen gefordert. Doch so lange diese Gremien primär aus den potentiellen Kandidaten selbst zusammengesetzt sind, so lange werden ungeachtet einer sich verändernden Welt die Qualifikationen von gestern unsere politische Führung von morgen prägen.

VORSTELLUNG  Wer sind die neuen Parlamentarier?

Who's who?

Der «Freisinn» stellt fortlaufend die neu gewählten freisinnigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier vor. Heute die ersten: Maya Lalive d'Epinau und Felix Gutzwiller.

Maya Lalive d'Epinau

Partei

1979–1987 Parteiarbeit auf verschiedenen Stufen. Leitung und Betreuung von Kantons-, National- und Ständeratswahlen.

Schulung und Ausbildung

Pressearbeit, Unterstützung Abstimmungskampagnen, Vortragstätigkeit Frauengruppe Kanton Zürich/Vorstand CH.

Organisationen/Verbände/Institutionen

Volkswirtschaftliche Gesellschaft Zürich. Swiss American Chamber of Commerce. Business Professional Women. Zentralschweizerische Handelskammer. Opernhausgesellschaft/Tonhallegesellschaft ZH. Kinematographische Gesellschaft Schweiz. Offiziersgesellschaft. Hauseigentümerverband.



Geburtsdatum: 17. Juni 1957

Bürgerort: Urnäsch, Freiburg, Zürich

Zivilstand: verheiratet

Kinder: keine

Militär: Hptm Ast 205.0

Hobbies: Kultur, Sport

Ausbildung

Primarschule Langnau a. A.

Kantonsschule Zürich

Studium Germanistik, Kunstgeschichte,

Englische Literatur

Matura Typus B

Abschluss lic. phil. I

Gegenwärtige Tätigkeit

Inhaberin einer Unternehmensberatungsfirma.

Felix Gutzwiller

Geburtsdatum: 22. Februar 1948

Bürgerort: Basel und Therwil BL

Zivilstand: verheiratet

Kinder: keine

Militär: Major Chef BDA

Hobbies: Literatur, Sport, Film

Primarschule

Humanistisches Gymnasium Basel

Med. Fakultät Universität Basel

Public-Health-Weiterbildungs-

Universitäten

Harvard + Johns Hopkins USA

Matura Typ A, Dr. med.

MPH, Dr. PH (Doctor of Public Health)

Institutsdirektor, Präventivmediziner

Institut für Sozial- und Präventivmedizin

der Universität Zürich

Politik

1985–1987 Gemeinderat Belmont-sur-Lausanne.

1992 Präsident der FDP Kreis 2 (Zürich)

1994–1996 Vorstand FDP Kanton Zürich

Diverse Abstimmungskampagnen

Partei

1993 Präsident der FDP Kreis 2 (Zürich)

1994–1996 Vorstand FDP Kanton Zürich

Seit 1995 Präsident der AG Gesundheitspolitik der DP ZH

Seit 1989 Mitarbeit AG Gentechnologie der FDP Schweiz

Seit 1990 Präsident der AG Drogenpolitik der FDP Schweiz

Seit 1993 Präsident der AG Drogenpolitik des Kantons Zürich

Seit 1996 Vorsitzender AG Drogenpolitik der Bundesratsparteien

Organisationen/Verbände/Institutionen

Schweiz. Stiftung Gesundheitsförderung, Lausanne

Präsident des Stiftungsrates Radix Gesundheitsförderung Zürich

Forschungsrat Schweiz. Nationalfonds, Bern

Vorstand Schweiz. Krebsliga Bern

Mitglied Direktorium Schweiz. Herzstiftung, Bern

Stiftungsrat Pro Juventute, Bern

Präsident des Stiftungsrates Vita-Parcours, Zürich



Was bringt Bildung?

21 Milliarden Franken fliesen jährlich in die schweizerische Bildung. Rund 150 000 Lehrerinnen und Lehrer sind in Kindergärten, Schulen und Universitäten angestellt. 1,4 Millionen Schweizerinnen und Schweizer befinden sich in der Erstausbildung, 1,9 Millionen in einer Weiterbildung.

Das Nationale Forschungsprogramm NFP 33 «Wirksamkeit unserer Bildungssysteme» hat sich einer Frage angenommen, die in der jüngsten Zeit immer öfter gestellt wird: «Was bringt unsere Bildung?». Die Schlaglichter aus den

29 Forschungsprojekten erhellen Stärken und Schwächen des Schweizer Bildungssystems.

So weisen zwei gross angelegte internationale Vergleichsstudien über die Lesekompetenzen von Erwachsenen und über die Leistungen in Mathematik und Naturwissenschaften nach, dass das Schweizer Bildungssystem zwar zu den guten, aber nicht immer zu den besten der Welt zählt.

Verbessern kann sich unsere Schule auch im Fremdsprachenunterricht. Das zeigen Forschungsblicke in West- und

Deutschschweizer Klassenzimmern. Das Fazit von Sprachwissenschaftlern:

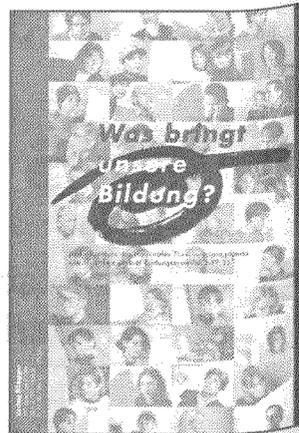
Die Schülerinnen und Schüler werden tendenziell unterfordert. Herausgefordert wird die Schule ihrerseits insbesondere von zweisprachigen Kindern, die die Sprachen unbeschwert – und erfolgreich – vermischen.

Übrigens: Sprachenlernen zahlt sich wortwörtlich aus. Das wissen wir nun dank einem bisher in der Schweiz vernachlässigten Forschungszweig: der Bildungsökonomie.

Nur wer bereit ist, das ganze Leben lang zu lernen,

hat noch Chancen auf einen Arbeitsplatz. Doch gerade für jene, die wenig Qualifikationen mitbringen, bleibt Weiterbildung oft ein Fremdwort. Soziologinnen und Soziologen warnen vor der Bildungsschere, die sich durch die Erwachsenenbildung noch weiter öffnet.

Will die Schweiz sowohl den Jugendlichen als auch den Erwachsenen helfen, sich in der «lernenden Gesellschaft» zurechtzufinden, gilt es die Lücken im Schweizer Bildungssystem zu schliessen. Die Bildungsforschung sagt uns, was ist. Was sein soll, das heisst, wie sich unser Bildungssystem zu verbessern hat, ist letztlich Sache der politischen Auseinandersetzung. Diese anzustossen ist



ein Hauptanliegen des NFP 33 und insbesondere der nun vorliegenden Bilanz in Buchform, die sich an Interessierte aus Bildungspolitik, -verwaltung und -praxis richtet.

«Was bringt unsere Bildung?». Rüegger, 1999. ISBN 3-7253-06540. Fr. 37.50

Nicht überprüfte Annahmen



sellschaftlichen Handelns, sondern eine sinngebende Interpretation dessen, was um uns herum geschieht: ein Mythos. Das bringt uns in einen Zwiespalt: Wir brauchen solche Vereinfachungen der Wirklichkeit, um sie erfassen zu können. Gleichzeitig verhindern sie, dass wir Fakten und Veränderungen wahrnehmen, die wir nicht erwarten.

Als moderne «Mythen» bezeichnen wir die vorherrschenden Wahrnehmungen und Annahmen über ein gesellschaftliches Problem. Politische Handlungsprogramme basieren auf solchen weit verbreiteten und von den meisten Menschen geglaubten Annahmen. Die Annahmen werden nur selten offengelegt, da es sich scheinbar um Selbstverständlichkeiten handelt. Eine wichtige Eigenschaft von Mythen ist, dass sie in der Regel nicht überprüft

werden. Deshalb wird häufig nicht bemerkt, wenn die der Politik zugrundeliegenden Annahmen falsch sind. Von solchen Mythen handelt dieses Buch.

Die Autor/innen wollen die Leserschaft dazu verführen, sich einige Politikfelder näher anzuschauen und zu überprüfen, ob sie nicht auch dem einen oder anderen Mythos aufsitzen. Dazu schildern die Autor/innen wichtige Mythen und ihre Wirkung im politischen Prozess: Ob Landwirtschaft oder Migration, Alters- oder Technologiepolitik – überall lässt sich zeigen, dass die herrschenden Vorstellungen über einen Politikbereich wichtiger sind als die Fakten.

Die Autor/innen sind in unterschiedlichen Politikfeldern tätig, beratend oder als Praktiker. Sie wollen mit diesem Buch eine

offene Diskussion der bestehenden Mythen fördern. Sie gehen davon aus, dass nicht nur die Entscheidungen in einigen Politikfeldern auf Mythen basieren, sondern dass das politische System selbst und seine Mechanismen teilweise auf Mythen beruhen. Dabei bleibt es dem Leser und der Leserin überlassen, wie weit sie das System hinter-

fragen wollen und wie diese Grundannahmen und -mechanismen gegebenenfalls zu ersetzen wären. Es werden Anregungen oder «Leitplanken» dafür gegeben, in welche Richtungen eine neue Entwicklung gehen müsste.

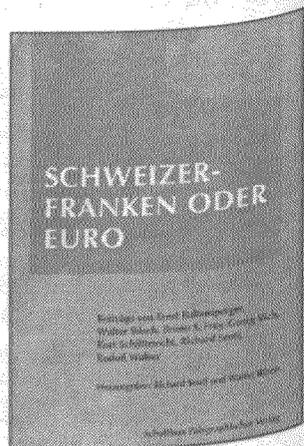
«Mythen und Märchen in der Politik». Daniel Walker, Alain Thiéstein, Petra Berz (Hrsg.). Rüegger, 1999. ISBN 3-7253-06605. Fr. 33.–

Schweizer Franken oder Euro

«Schweizer Franken oder Euro» beantwortet Fragen, die immer lauter gestellt und immer heftiger diskutiert werden: Wie wird sich die Einführung des Euro auf die Schweiz auswirken, auf ihre Wirtschaft und Politik, auf ihre Geld-, Währungs- und Finanzpolitik sowie ihren Kapitalmarkt? Welcher Stellenwert käme unserem Land innerhalb der Europäischen Union zu, falls es sich zu einem Beitritt entschliessen würde? Führt der Euro zwingend zu einem zentralistischen Europa, und welche Rückwirkungen wären auf die de-

mokratischen Institutionen unausweichlich?

«Schweizer Franken oder Euro». Hrsg. von Richard Senti und Walter Büsch. Schulthess, Zürich 1999. Fr. 26.–



Mythen, von Generation zu Generation überliefert, helfen den Menschen zu jeder Zeit, mit den undurchschaubaren Seiten des Lebens fertig zu werden. Moderne Mythen erfüllen heute noch die gleiche Funktion. Sie enthalten Erfahrungen, die über den Horizont eines Einzellebens hinausgehen, und geben Vorbilder für das individuelle und das politische Handeln. Nicht Daten und Fakten bilden die Basis ge-

MUTTENZ ◊ Delegiertenversammlung am 22. 1. 2000

Erste DV 2000 ist erste DV seit Wahlen

Die Delegierten und Gäste der FDP Schweiz treffen sich erstmals nach den Wahlen wieder zu einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung am Samstag, 22. Januar 2000, in Muttenz (BL). Zur Diskussion und Parolenfassung stehen an: Die Denner-Initiative «für Beschleunigung der direkten Demokratie» sowie die Initiative «für eine menschenwürdige Fortpflanzung».

GUS. Die FDP des Kantons Basel-Landschaft hat bei den Nationalratswahlen vom 24. Oktober 1999 eine Glanzleistung vollbracht. Sie konnte ihren Wähleran-

teil um 2,5 Wählerprozent steigern und legte einen Sitz, jenen von Nationalrat Paul Kurrus, zu. Hans Rudolf Gysin als Bisheriger erreichte als bestgewählter

Nationalrat überhaupt ein persönliches Glanzresultat.

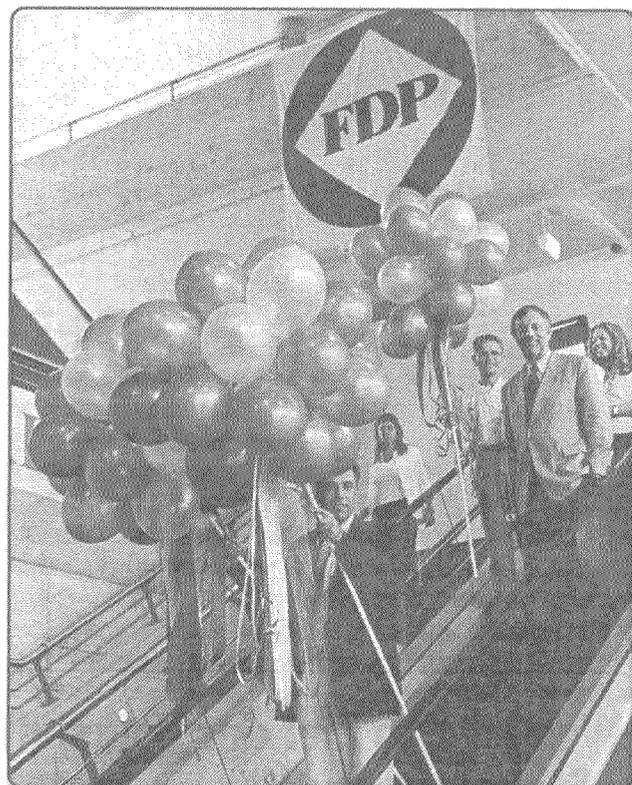
Die FDP Schweiz begibt sich am Samstag, 22. Januar 2000, nach Muttenz für die nächste ausserordentliche Delegiertenversammlung, die erste nach den Wahlen. Bereits stehen wieder wichtige Abstimmungsgeschäfte für die eidgenössische Abstimmung vom 12. März 2000 an: Die Delegierten werden über die Initiative «für eine menschenwürdige Fortpflanzung» und über die Denner-Initiative «für Beschleunigung der direkten Demo-

kratie» befinden.

Ebenfalls traktandiert ist eine Revision der Statuten der FDP Schweiz.

Alle Freisinnigen, nicht «nur» die Delegierten, sind herzlich eingeladen.

Der Delegiertenrat wird in seiner Sitzung das Positionspapier zur Bildungspolitik begutachten und Parole zur Justizreform und zur Frauenquoten-Initiative fassen. ■



Ob der Muttenzer Veranstaltungsort auch so festlich geschmückt wird wie die Festhalle Forum Freiburg beim Wahl-Kick-off Ende August 1999? (Bild ruti)

Samstag, 22. Januar 2000

Kongresszentrum Mittenza,
Hauptstrasse 4, Muttenz (BL)

a. o. Delegierten- versammlung der FDP Schweiz

- Initiative «für eine menschenwürdige Fortpflanzung», pro/contra
- Denner-Initiative «für Beschleunigung der direkten Demokratie», Podiumsdiskussion
- Revision der Statuten der FDP Schweiz

Beginn: 10.30 Uhr

Schluss: ca. 13.00 Uhr

Anmeldetalon

Zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 22. Januar 2000 in Muttenz sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen. Bitte melden Sie sich mit diesem Talon an:

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Bitte senden, faxen oder e-mailen an: FDP Schweiz,
DV Muttenz, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031)
320 35 00, E-Mail: gs@fdp.ch

BÖHMEN POLEN silvatur Rundreisen WÄLDER UND RENAISSANCESTÄDTE AUS DER MÄRCHENZEIT Bewährte Studien- und Wanderreisen mit bestem Komfort

Der Schweizer Naturwaldexperte Andreas P. Speich führt Sie auf einer reichhaltigen, erlesenen Reise durch unberührte Naturwälder, Nationalparke, weite Landschaften, grossartige Städte, zu Kulturdenkmälern in der Wachau, in Böhmen, Mähren, in den slowakischen Karpaten, im polnischen Ostgalizien und in den lieblichen Landschaften Nordost-Polens.

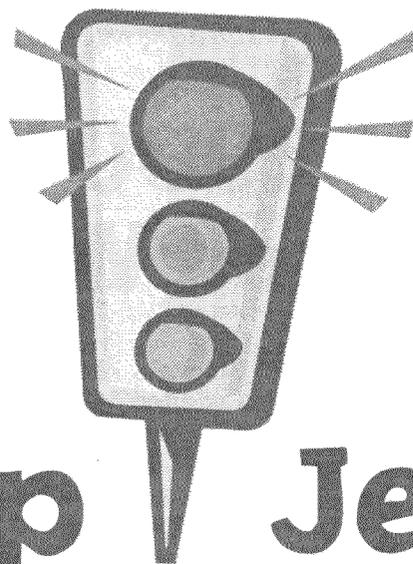
Von der Donau bis zum Fluss Bug zu verborgenen Schätzen des europäischen Lebensraumes: In ein idyllisches Renaissance-Städtchen an der Moldau, zu Grossmutter Sofie's Märchenwald in Südböhmen, uralte Eichen in den Auen der March und der Thaja,

WUNDER-
VOLLEN
URWALD
IN
EUROPA
ENTDECKEN

Bärenpfade im Nationalpark Hohe Tatra, mit Flössergesellen auf dem Dunajec, unter alten Linden im zarten Urwaldgrün, in die altherwürdige Königsstadt Krakau, tief in den Wisent-Urwald in Nordost-Polen und Chopin in der modernen Metropole Warschau.

Frische Waldluft atmen, zauberhaften Waldraum durchmessen,
reizvolle Städte, weite Landschaften entdecken:
faszinierende Kultur und Natur Osteuropas
ab Zürich, jeweils Freitagabend:

12. - 28. Mai, 9. - 25. Juni, 14. - 30. Juli, 11. - 27. August 2000
Pferdegespanne, Flussfahrten, auf Wanderwegen und quer waldein, Varianten für kürzere od. lange Wanderungen; alle Zimmer mit WC/Dusche, Schlafwagen 1- od. 2-Bett-Komfortabteil, Luxusbus mit WC; Rückflug Warschau-Zürich mit Swissair/Crossair, alles inbegriffen, 1.Kl. Billett ab CH-Wohnort nach/von Zürich, hervorragende Verpflegung; 17 Tage pauschal Fr. 4'950.-, Einzelzimmer + Fr. 580.-. Wir senden Ihnen gerne den Prospekt:
silvatur Postfach 457 CH-8803 Rüschlikon Tel./Fax 01 724 2649
oder 079 405 6146 E-mail: speich@voyager.archi.it



Volksinitiative Steuerstopp Jetzt!

Was ist das Ziel der Volksinitiative «Steuerstopp»?

Die Volksinitiative will:

- keine Steuererhöhungen mehr zulassen
- die Einführung neuer Steuern verhindern
- zuviel erhobene Steuern dem Volk zurückerstatten

Wie funktioniert die Volksinitiative «Steuerstopp»?

Die Volksinitiative sieht vor, dass auf Bundesebene...

- für eine Dauer von 7 Jahren – ohne gleichwertigen Ausgleich – keine Steuern, Sozialabgaben oder anderen Abga-

ben eingeführt oder erhöht werden dürfen

- allfällig zuviel erhobene Steuern und Abgaben hälftig an alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zurückerstattet sowie hälftig an die AHV überwiesen werden müssen

- Lenkungsabgaben, die vollständig zurückerstattet werden, eingeführt werden können

- bestimmte Massnahmen zur Sicherung der AHV-Finanzierung möglich sind.

Kein Winterschlaf!

Die Unterschriftensammlung für die Steuerstopp-Initiative und die Petition «für eine kinder- und elternfreundliche Grundschule» läuft gut. Es braucht aber weiterhin die Unterstützung von allen Freisinnigen, damit die Initiative und die Petition in-

nernt vernünftiger Frist zustande kommen. Die Zeit ist jetzt günstig, um auf unsere Anliegen aufmerksam zu machen und den Wählerinnen und Wählern konkrete politische Projekte zu unterbreiten.

Helpen Sie mit!

Bitte beachten!

- Pro Liste dürfen nur Personen aus ein und derselben Gemeinde unterschreiben.
- Es können auch Unterschriftenlisten zurückgesandt werden, die nicht bis auf die letzte Zeile ausgefüllt sind. Besser eine Liste mit nur 2 Unterschriften einsenden, als die Liste liegenlassen!
- Jede einzelne Zeile muss vollständig ausgefüllt und handschriftlich unterzeichnet sein.
- Alle Unterschriften, welche sich auf einem beschädigten Unterschriftenbogen befinden, sind ungültig.

Unterschriftenbogen bestellen

Benötigen Sie Unterlagen, Argumentarien und Unterschriftenbögen für die Steuerstopp-Initiative, können Sie diese direkt über Internet herunterladen:

www.steuerstopp.ch

Oder wenden Sie sich an Ihre Kantonalpartei oder an das Sekretariat der Steuerstopp-Initiative in Bern, Tel. (031) 320 35 34, Fax (031) 320 35 00.

Genug ist genug!

**Keine Steuererhöhungen mehr!
Schluss mit neuen Steuern und Abgaben!
Steuerüberschüsse zurück ans Volk!**

KOLUMNE

Brotkorb als Maulkorb



Nach dem so hervorragend funktionierenden Krankenversicherungsgesetz für Menschen will die Staatspolitische Kommission des Nationalrates auch ein Krankenversicherungsgesetz für Medien auf die Beine bringen. Und wenn nicht auf die Beine, dann wenigstens in den Rollstuhl.

Die parlamentarischen Mediziner diagnostizieren bei den Medien tief besorgt eine Qualitäts- und Pluralitätsuffizienz, zu deutsch: die Journalisten leiden hinsichtlich Wahrheit und Ausgewogenheit an Magersucht, die Verleger hinsichtlich Wettbewerbsfitness an Fettsucht. Der Kollaps droht.

Deshalb hält die Staatspolitische Kommission aufopferungsbereit wie echte Barfussärzte an einem neuen Medien- und Pressear-

tikel fest, weil der erste Entwurf genau das einbrachte, was den Medien ausgetrieben werden soll: Kritik, Hohn und Spott. Es besteht also weiterhin Therapiebedarf, der mit einem «konsensfähigen Projekt» gedeckt werden soll.

Ob «konsensfähig» auch «wirkungsvoll» heisst, ist eine rein rhetorische Frage. Wir besitzen ja für Radio und Fernsehen bereits ein im Konsenslabor zusammengebrautes Gesetz, das seine Ziele nicht erreicht: bessere Programme und eine grössere Vielfalt. In dieser Tatsache liegen die simplen Antworten auf zwei simple Fragen, die sich die Staatspolitische Kommission, weil zu einfach, einfachheitshalber wohl gar nicht stellte.

Zum einen: Warum sind Medien nicht nur geistvoll? Weil es dem Publikum gefällt. Zum andern: Wann

müssen Medien ihren Geist aufgeben? Wenn sie dem Publikum auf denselbigen schlagen. Daran ändert kein Gesetz auch nur einen Deut – auch das konsensfähigste nicht. Der breiteste Konsens besteht folglich darin, auf medienverbessernde Gesetze zu verzichten. Wer hier den Brotkorb offeriert, meint immer auch den Maulkorb.

So wäre es ehrlicher und gescheiter, die Staatspolitische Kommission würde die für eine Medienförderung geplanten Gelder in ein eigenes Radio-, Fernseh- und Presseunternehmen stecken. Ohne Umweg über die unabhängigen Medien könnten wir direkt von höchster Obrigkeit erfahren, wie wir zu wählen und abzustimmen haben. Der Erfolg von «Radio Eidgenoss», «TV Helvetia» und der «Neuen Bundeshaus-Zeitung» müsste ein überwältigender sein.

Denn die Staatspolitische Kommission weiss wie kaum jemand, wonach das Publikum lechzt: nach der blütenreinen Wahrheit in jener leicht verständlichen und knisternd spannenden Sprache, die bekanntlich jede Parlamentsdebatte zum Erlebnis werden lässt.

Oder hat uns die Kommission mit der Erklärung, ein «konsensfähiges Projekt» auszuarbeiten, bloss diskret sagen wollen, sie schiebe den neuen Medien- und Presseartikel bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag auf die lange Bank? Dann hätten die Medienmediziner ihr Gesicht gewahrt und die Medienmacher wenigstens deswegen ihre Unabhängigkeit.

*Alex Bänninger, Publizist,
Präsident des Freisinnigen
Presseverbandes
der Schweiz, Zürich*

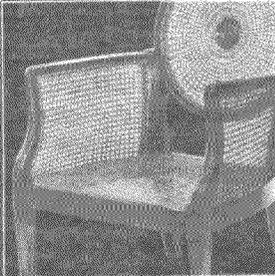
Behindertenwerk St. Jakob



Jacqueline Häuser:
«Froh zu sein bedarf es wenig, wer auf ihm sitzt, ist ein König.» Oder die Freude an alter Handwerkskunst.

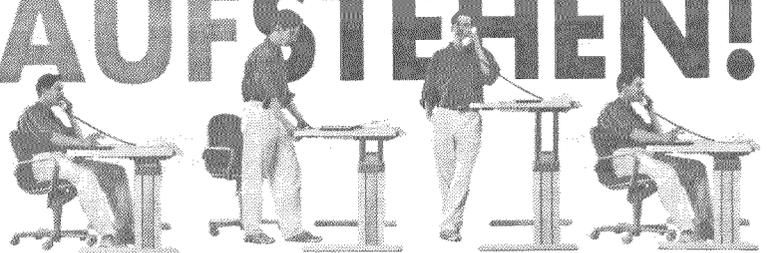


Traditionelles Know-how im St. Jakob! Die bei uns praktizierten Flechttechniken reichen zurück bis zu den robusten Rohrstuhlstützen Charles II. 1670 und erstrecken sich über die Chippendale-Epoche, das Viktorianische Zeitalter des Bergère-Stuhles bis in die moderne Zeit des Michael Thone.



Kanzleistrasse 18, 8026 Zürich
Telefon 01 - 295 93 93, Fax 01 - 295 93 95

AUFSTEHEN!



Wir sagen dem ungesunden Dauersitzen im Büro den Kampf an. Gesundheit und Fitness dürfen nicht erst nach Feierabend ein Thema sein. Bei uns ist Sitzen und Stehen am sekundenschnell verstellbaren Schreibtisch ganz normal. Zur Freude aller rüdenschmerzgeplagten Büromenschen. Chefs und Arbeitsmediziner atmen auf.

Einfach Unterlagen anfordern und/oder unseren Showroom besuchen.

Aha-Erlebnis garantiert!



JOMA

IHR BÜROMOBELSPEZIALIST

A A D O R F

JOMA-Trading AG, Weiernstrasse 22, CH-8355 Aadorf,

Telefon 052/365 41 11 • Fax 052/365 20 51

<http://www.joma.leuwico.com/>

STANDORTENTSCHEIDE  Marktwirtschaft heisst Freiheit und Verantwortung

Kein Freipass für Kraftmeierei

«Die Verfechter des Shareholder-Konzepts führen es ad absurdum, wenn sie es verabsolutieren und zur Ideologie erheben.» Hans Dieter Vontobel

VON FDP-NATIONALRAT
GEROLD BÜHRER,
THAYNGEN (SH)

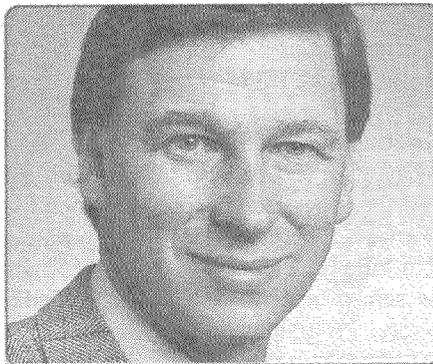
Die Marktwirtschaft hat zusammen mit der Öffnung der Märkte in den vergangenen Jahrzehnten einen historisch einmaligen Erfolg erbracht. Über die wirtschaftlichen Daten hinaus konnten auch soziale Anliegen wie nie zuvor verwirklicht werden. Ungeachtet dieser Erfolge ist die Marktwirtschaft aber immer wieder offenen oder verdeckten Angriffen ausgesetzt. Die Rasanzen des Wandels mit der damit einhergehenden Verunsicherung einerseits sowie fragwürdige Handlungsweisen einzelner Akteure andererseits schaffen einen Nährboden, um die Marktwirtschaft in die Defensive zu drängen. Das Verhalten und insbesondere die Kommunikation der Verantwortlichen von Adtranz oder aber der Algroup haben in jüngster Vergangenheit das Vertrauen in die marktwirtschaftlich freiheitliche Ordnung zweifellos belastet. Dies wiegt um so schwerer, als in unserer direkten Demokratie weite Stücke der Wirtschaftspolitik letztlich auf die Akzeptanz der Bevölkerung angewiesen sind.

Marktwirtschaft – Ordnungsprinzipien unumgänglich

Die Marktwirtschaft braucht nicht erst seit der

Globalisierung der Märkte feste Leitplanken. Begründer der ordoliberalen Ökonomie wie Walter Eucken, F.A. Hayek oder Wilhelm Röpke haben bereits vor dem 2. Weltkrieg neben dem Wettbewerb die Notwendigkeit einer sozialen Ordnung stipuliert. Sie legten schliesslich das Fundament für die von Ludwig Erhard und seinen Mitstreitern begründete soziale Marktwirtschaft. Über diesen sozialen Rahmen hinaus bedarf die Marktwirtschaft einer breit abgestützten Wertordnung, welche eine Klammer zwischen Freiheit und Verantwortung bildet. Damit soll bewusst gemacht werden, dass die Freiheit nicht ohne Rücksicht auf die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen missbraucht werden darf.

Mit anderen Worten, das Unternehmertum ist gerade in der Marktwirtschaft gefordert, Verantwortung über das betriebliche Soll und Haben hinaus wahrzunehmen. Dies will nicht heissen, dass unbequeme Massnahmen einfach hinausgeschoben werden sollen und die Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft weniger Bedeutung hätte. Die Umsetzung der notwendigen Veränderungen darf jedoch nicht ohne Augenmass vonstatten gehen. Unternehmen brauchen, um langfristig zu überleben und zukunftsträchtige Arbeitsplätze zu schaffen, Erfolg. Von daher nützt andererseits auch die Verteufelung des Gewinns niemandem etwas. Das Bewusstsein muss aber dahingehend geschärft sein, dass ein freiheitliches Umfeld nur solange politisch abgestützt bleibt, als Restrukturierung



FDP-Nationalrat Gerold Bühler: «Wer landes- und branchenweit Arbeitszeitreduktionen durchsetzen und Marktöffnungen blockieren will, der leistet dem Wirtschaftsstandort Schweiz einen Bärendienst.» (Bild ruti)

gen verständlich und überzeugend dargestellt werden können. Die Inanspruchnahme von marktwirtschaftlicher Freiheit für spektakuläre Sprünge um jeden Preis können rasch einmal zum Bumerang für die freiheitliche Ordnung verkommen. Wenn einzelne Vorkommnisse in der jüngsten Vergangenheit eines klar machen, dann, dass diese Aspekte nicht einfach ausgeblendet werden dürfen.

Zur Gewährleistung eines freiheitlichen wirtschaftspolitischen Umfeldes gehört aber auch die helvetische Tugend des Brückenbaus zwischen Unternehmen, Sozialpartnern und der Politik. Internationale Ausrichtung und lokale Verwurzelung sollten nicht länger als Gegensätze eingestuft werden. Ein intaktes Umfeld an der Heimfront bleibt auch heute und in der Zukunft ein nicht zu unterschätzendes Plus für den Erfolg auf den Weltmärkten.

Fehlritten zum Trotz – keine wirtschaftspolitischen Rezepte aus der Mottenkiste

Vor schwarzen Schafen ist bekanntlich eine freiheitli-

che Ordnung leider nie gefeiert. Die öffentliche Auseinandersetzung und, sofern notwendig, die Ahndung des Missbrauchs gehören jedoch letztlich zu den Stärken unseres freiheitlichen Systems. Wer einzelne Fehl-

tritte für das Aufwärmen verfehlter wirtschaftspolitischer Ideologien zu nutzen sucht, handelt ebenso wenig verantwortungsvoll. Mehr noch, wer nun die Marktwirtschaft vermehrt in den politischen Griff nehmen will, der dürfte der Volkswirtschaft und den Beschäftigten noch weit mehr schaden.

Es sei in Erinnerung gerufen, dass die Schweiz einzelner betrüblicher Fälle zum Trotz weltweit nach wie vor ein beschäftigungspolitisches Erfolgsmodell darstellt. Es ist jedenfalls keinem anderen Land gelungen, in weniger als drei Jahren die Arbeitslosigkeit auf einen Stand von 2,3% deutlich mehr als zu halbieren. Dazu kommt insbesondere in den vergangenen zwei Quartalen eine beträchtliche Zunahme der Beschäftigung, so dass per Ende Jahr ein neuer Rekord an Erwerbstätigen resultieren wird. Die Gründe dafür sind vielfach. Konkurrenzfähige Steuern, offene Märkte und insbesondere auch keine überreglementierten Arbeitsmärkte sind einige der Schlüsselemente hinter diesem Erfolg. Wer mit Vorstössen landes-

und branchenweit Arbeitszeitreduktionen durchsetzen, Marktöffnungen blockieren oder aber bei Kooperationen und Fusionen zwischen Unternehmen marktwidrige Auflagen einführen will und steuerliche Anreize zurücknehmen möchte, der leistet dem Wirtschaftsstandort Schweiz einen Bärendienst.

Keine Alternative zum marktwirtschaftlichen Weg

Internationale Vergleiche machen deutlich, dass ein grosser Zusammenhang zwischen dem Freiheitsgrad und der wirtschaftlichen Dynamik eines Landes besteht. Es gibt daher per saldo keine Alternative zum bewährten marktwirtschaftlichen Weg. Gerade in einer Welt der zunehmenden Internationalisierung ist die Marktwirtschaft ein unerlässliches Fundament für die Wettbewerbsfähigkeit und somit für die Wohlfahrt. Fehlritte einzelner dürfen daher nicht als Vorwand für mehr Regulierung oder sogar Abschottung missbraucht werden. Den Wandel künstlich aufhalten zu wollen hiesse übermorgen Beschäftigung und Wohlfahrt exportieren. Es muss aber darum gehen, auf der Basis der bewährten Marktwirtschaft die Dimension eines von Verantwortung getragenen Handelns zu schärfen. Wirtschaft, Sozialpartner und Politik bleiben gefordert, mittels Überzeugungsarbeit und Dialog der Marktwirtschaft Sorge zu tragen, statt sie kurzfristiger Maximierung oder überholter Ideologien wegen einer gefährlichen Erosion auszusetzen.

NACH DEN WAHLEN  Analyse

Der Wahlkampf 03 hat bereits begonnen

VON BERNHARD SCHÜRCH, PRÄSIDENT JF SCHWEIZ

Bern, 13. 11. 1999/BS. Die Jungfreisinnigen Schweiz (JF Schweiz) haben an einem Meeting ein letztesmal auf die Wahlergebnisse zurückgeschaut. Sie sind insgesamt zufrieden damit. In neun Kantonen (BE, BS, GE, JU, SO, TG, VD, VS und ZH) stellten sie eine eigene Liste, und in vier Kantonen (LU, SG, TI und VD) waren sie von JF-Kandidaten/-innen auf den FDP-Listen vertreten. 1995 gab es vergleichsweise nur in drei Kantonen (BE, GE und VS) JF-Listen. Diese haben sich alle bei den letzten Wahlen markant verbessert. In drei Kantonen (BS, SO und VD) haben die JF das beste Er-

gebnis unter den Jungparteien erreicht. In drei Kantonen (BS, SO und ZH) haben sie mitgeholfen, den Wähleranteil der FDP zu stabilisieren, und in zwei Kantonen (GE und VD) haben sie sogar verhindern können, dass der FDP ein Sitz verlorengeht. Dies ist im Kanton Genf um so wichtiger, als der verlorene Sitz an die SVP gegangen wäre. Die JF Genf haben somit einen Sitzgewinn des Blocherflügels der SVP in der Westschweiz verhindern können.

Spitzenresultate

Unter den JF-Kandidaten/-innen auf FDP-Listen haben zwei ein Spitzenresultat erreicht: Isabelle Moret (VD), Vizepräsidentin der JF Schweiz, erreichte den

7. Rang und ist somit die Zweitbeste unter den Nichtgewählten; Damian Meier (LU), Präsident der Luzerner Sektion, landete auf Platz 4 der zweiten FDP-Liste. Die JF Schweiz gratulieren beiden zu dieser Glanzleistung und hoffen sehr, dass sie es in vier Jahren in den Nationalrat schaffen.

Für die Zukunft empfehlen die JF Schweiz eine Kombination von JF-Listen und möglichst prominenten JF-Kandidaten/-innen auf FDP-Listen, nach dem diesjährigen waadtländischen Modell. Auf diese Weise lassen sich die Vorteile der beiden Varianten optimal summieren.

Nicht einschlafen

Nun heisst es jetzt nicht einschlafen und die Wahlen 03

vorbereiten. Im Zeitalter des permanenten Wahlkampfes gibt es keine Verschnaufpause für Politiker/-innen. Die JF Schweiz haben bereits mit der Arbeit angefangen und zwölf thematische Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, deren Aufgabe es ist, die Aktionsprogramme zu aktualisieren. Diese werden dann im Oktober 2000 vom Kongress verabschiedet. Jedes JF-Mitglied ist herzlich eingeladen, sich einer oder mehreren Arbeitsgruppe(n) anzuschliessen. Je mehr Teilnehmer, desto fruchtba-

rer die Diskussionen! Im Attachment findet sich die Liste der Themen und Leiter/-innen der Arbeitsgruppen. Interessierte sollen sich direkt bei ihnen melden. Für weitere Informationen stehen ich und alle Vorstandsmitglieder zur Verfügung. ■

Resultate Wahlen 99

JF-Listen	Wähleranteil (%)	Vergleich 95/99 (±%)	Rang unter Jungparteien	Zusätzlicher FDP-Sitz
BE	1.32	+0.63	2/3	Nein
BS	3.46	-	1/1	Nein
GE	1.59	+0.85	2/2	Ja
JU	2.29	-	2/2	Nein
SO	3.4	+0.1	1/3	Nein
TG	0.5	-	3/3	Nein
VD	2.65	-	1/2	Ja
VS	2.33	+0.65	2/2	Nein
ZH	1.02	+0.32	2/4	Nein

Arbeitsgruppen JF Schweiz

Themen

Wirtschaftspolitik

Aussenpolitik

(inkl. Aussenwirtschaftspolitik)

Soziale Sicherheitspolitik

Aussensicherheitspolitik

Staatspolitik

Landwirtschaftspolitik

Drogenpolitik

Bildungspolitik

Finanzpolitik

Innere Sicherheitspolitik

Umweltpolitik

Asyl- und Migrationspolitik

Leiter/-in

Paolo Pamini

paolo.pamini@jungfreisinnige.ch

Benita Vogel

benita.vogel@jungfreisinnige.ch

Bernhard Schürch

bernhard.schuerch@jungfreisinnige.ch

Carl Duisberg

carl.duisberg@jungfreisinnige.ch

Damien Cottier

damien.cottier@jungfreisinnige.ch

Martin Meyer

martin.meyer@jungfreisinnige.ch

Marcello Indino

marcello.indino@jungfreisinnige.ch

Claudia Meier

claudia.meier@jungfreisinnige.ch

Bernhard Schürch

bernhard.schuerch@jungfreisinnige.ch

Leiter gesucht

bernhard.schuerch@jungfreisinnige.ch

Martin Schaub

martin.schaub@jungfreisinnige.ch

Isabelle Moret

isabelle.moret@jungfreisinnige.ch

ENERGIEPOLITIK  Weitere Aufgaben

Nach den Energieabgaben die Strommarktliberalisierung

Nach einigen unschönen Vorgeplänckeln hat die Energiekommission des Nationalrates (UREK) nunmehr Eintreten auf das Elektrizitätsmarktgesetz beschlossen und bereits die Detailberatung aufgenommen. Damit besteht weiterhin die Hoffnung, dass in der Schweiz auf Anfang 2001 eine gesetzlich geordnete Strommarktöffnung in Kraft treten kann und unser Land auch in dieser Frage mit der EU – wenn auch mit 2jährigem Rückstand – gleichziehen kann.

VON FDP-NATIONALRAT
ULRICH FISCHER,
SEENGEN (AG)

Zuvor haben die eidgenössischen Räte allerdings noch einen gravierenden Sündenfall begangen, indem sie in der Herbstsession eine Energieabgabe auf nichterneuerbaren Energien beschlossen haben, von der 0,3 Rp./kWh zur Subventionierung der Anwendung alternativer Energien (nicht der Forschung, die bereits anderweitig finanziert ist), der rationellen Energieanwendung und der Stützung der Wasserkraft verwendet werden sollten.

Subventionsmechanismus beschlossen

Wenn auch nicht der ursprünglich geforderte Betrag von 0,6 Rp./kWh beschlossen wurde, der noch höher als die in der nun-



FDP-Nationalrat Ueli Fischer: «Einmal eingeführt, werden auch befristete Subventionen kaum mehr abgeschafft.» (Bild ruti)

mehr doch nicht zurückgezogenen Solarinitiative geforderten 0,5 Rp./kWh gewesen wäre, so soll zur Finanzierung eines neuen Subventionsmechanismus nun doch eine neue Steuer eingeführt werden. Zwar sollen diese Subventionen befristet sein, doch lehrt die Erfahrung mit anderen solchen staatlichen Subsidien, dass sie, einmal eingeführt, nur sehr schwer wieder abgeschafft werden können. Richtigerweise haben die Wirtschaftsverbände sowohl der Initiative als auch diesem für den Wirtschaftsstandort Schweiz schädlichen Gegenvorschlag den Kampf angesagt. Unverständlich ist allerdings, dass der Bundesrat die Volksabstimmung nicht am kommenden 12. März, sondern erst im Herbst 2000 durch-

führen will, womit er jenen Kräften Vorschub leistet, welche Volksinitiativen künftig ohne Mitwirkung von Bundesrat und Parlament zur Abstimmung bringen wollen.

Verzögerungstaktik

Noch im Sommer hatten sich die Promotoren der Energieabgabe geweigert, auf das Elektrizitätsmarktgesetz überhaupt einzutreten, bevor das Parlament nicht die umstrittene Abgabe auf nichterneuerbaren Energien zur Alimentierung der von ihnen angestrebten Subventionen beschlossen habe. Zwar hat die UREK diesen erpresserischen Beschluss im September wieder aufgehoben, doch wurde die Forderung mit der Schlussabstimmung in der Herbstsession dennoch erfüllt, so dass nunmehr auch seitens

der unheiligen Allianz der vereinigten Subventionsempfänger kein Anlass mehr bestand, sich der Beratung der Strommarktöffnung zu verschliessen. Die unselige Verknüpfung wurde inzwischen wieder eingefügt.

Strommarktgesetz – erste Weichenstellung

Eine Voraussetzung für die Realisierung der Strommarktöffnung ist der diskriminierungsfreie Zugang zu den Netzen der Stromübertragung und -verteilung. Solange nämlich die Eigentümer der Netze die Übertragung von Energie anderer Lieferanten verweigern oder wenigstens erschweren können, ist die freie Wahl des Stromlieferanten durch den Stromkunden praktisch nicht möglich. Der Bundesrat hat in seinem Entwurf zu diesem Zweck die Schaffung einer schweizerischen Netzgesellschaft vorgeschlagen, in welche die bisherigen Eigentümerinnen ihre Übertragungsnetze – notfalls auf dem Weg der Enteignung – einzubringen hätten. Die Verteilnetze der unteren Spannungsebenen, welche für den freien Strommarkt eine analoge Funktion haben, würden allerdings nicht in die nationale Netzgesellschaft einbezogen. Demgegenüber will die Elektrizitätswirtschaft den freien Netzzugang zwar gesetzlich vorschreiben, das Eigentum an den Netzen den Gesellschaften indessen belassen und sich mit einer schweizerischen Koordinationsstelle begnügen, welche den diskriminierungs-

ZUM THEMA

.....
Eine Voraussetzung für die Realisierung der Strommarktöffnung ist der diskriminierungsfreie Zugang zu den Netzen der Stromübertragung und -verteilung.

.....
Für energiepolitischen Zündstoff ist somit auch in der neuen Legislatur gesorgt.

freien Netzzugang sicherstellt.

Energiepolitik auch in nächster Legislatur aktuell

Die Energiekommission des Nationalrates sollte das Marktöffnungsgesetz an ihrer nächsten Doppelsitzung Ende November (nach Redaktionsschluss) noch in älter Zusammensetzung fertig beraten und insbesondere die Fragen Marktöffnungsrhythmus und nicht-amortisierbare Investitionen entscheiden können. Die Plenumsdebatte wird bereits durch die neuen Räte geführt, die sich auch mit der Totalrevision der Kernenergiegesetzgebung zu befassen haben werden. Für energiepolitischen Zündstoff ist somit auch in der neuen Legislatur gesorgt.

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

100 Jahre
Erfahrung,
Dynamik,
Tradition

Ein
Jahrhundert
für unsere
Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

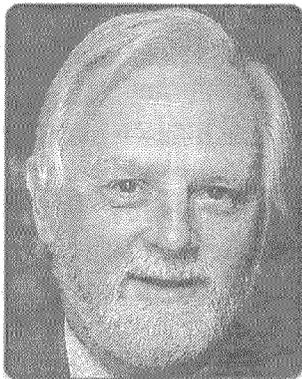
Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-462 62 62

«SOCIAL VALUE» ◉ Bedeutung aus wirtschaftlicher Sicht

Für gelebte Sozialpartnerschaft auf allen Stufen

Kein Tag vergeht, ohne dass Firmenfusionen, Betriebsschliessungen und Arbeitsplatzverluste in den Schlagzeilen stehen. Oft steigen als unmittelbare Folge die Kurse der betroffenen Firma an der Börse. Meistens wird dann der Shareholder value von den einen gepriesen und von den andern angeprangert. Auf die Bedeutung des Social value, des sozialen Wohlbefindens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und des daraus resultierenden Wertes für Wirtschaft und Gesellschaft, wird leider zu wenig hingewiesen.

VON FDP-NATIONALRAT
ERICH MÜLLER,
SEUZACH (ZH)



FDP-Nationalrat Erich Müller: «Die Null-Fehler-Kultur gehört der Vergangenheit an.» (Bild express)

Die Zukunft gehört jenen Unternehmen, welche für Kunden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Aktionäre zusammen Mehrwerte schaffen. Dieses Stake Holder Concept geht von einem ganzheitlichen Ressourcen-Denken aus und konzentriert sich nicht nur auf die Aktionärsgruppe. Jedes Land setzt sich das volkswirtschaftliche Ziel, die Wohlfahrt seiner Bürgerinnen und Bürger zu steigern. Dabei darf Wohlfahrt nicht nur mit finanziellem Wohlstand gleichgesetzt werden. Kulturelle, gesellschaftliche, gesundheitliche und menschliche Wohlfahrt sind ebenso wichtig wie auch die Möglichkeit, seine persönlichen Fähigkeiten entwickeln, entfalten und verwirklichen zu können. Das Ziel von Social value ist es, dass jeder Mensch in die Gemeinschaft wie Familie, Staat, Wirtschaft, Vereine usw. einbringen kann und von dieser geachtet und auch von ihr getragen wird. Social

Die gelebte Sozialpartnerschaft schafft Vertrauen

Jene Sozialpartner (Arbeitgeber und Arbeitnehmer), welche unter Sozialpartnerschaft nur oder vor allem das «Aushandeln von Löhnen» verstehen, haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Natürlich gehören die Diskussionen über leistungsgerechte und erfolgsabhängige Löhne auch zu deren Aufgaben, aber ebenso wichtig ist die gemeinsame Optimierung der Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung, das vereinte Streben nach der zielrealisierenden Führungsstruktur und die gemeinsame Verwirklichung eines positiven, unternehmerischen, menschlichen Geistes der Zusammengehörigkeit, des Respekts, der Arbeitsfreude, des Erfolgswillens, der Befriedigung, kurz: eines Geistes, der eine gute Unternehmensatmosphäre garantiert. Dazu sind Kenntnisse des Unternehmens und dessen Strategie ebenso wichtig wie das Verstehen der Anliegen der Belegschaft und die Sensitivität für das bestehende Betriebsklima. Nur im Dialog können die grossen Chancen, die in jedem Unternehmen stecken, genutzt werden. Informierte Menschen können getroffene Entscheide besser verstehen. Wer bereit ist, sie mitzutragen, kann auch massgeblich mithelfen, sie gemeinsam zu treffen. Gelebte Sozialpartnerschaft braucht es in den Unternehmen auf allen Stufen.

Die Wettbewerbsfähigkeit schafft Sicherheit

Der grösste Social value für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens. Sie entscheidet letztlich über Erhalt, Schaffung und Abbau von Arbeitsplätzen. Ohne sie ist alles nichts. Zu deren Erhalt tragen alle am Unternehmen interessierten Gruppen bei. Die Unternehmensführung verwirklicht sie mit einer zukunftsorientierten Strategie, kompetenter operationeller Führung und der Fähigkeit, ein gutes Unternehmensklima zu unterhalten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen dazu mit ihrer Leistungsfähigkeit, ihrem Leistungswillen, ihrer Verbundenheit und ihrem Einsatz für das Unternehmen bei. Die Aktionäre ermöglichen die Wettbewerbsfähigkeit mit ihrer Bereitschaft, die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen – dies auch in Verlustphasen – und grosse Teile des erarbeiteten Gewinns im Unternehmen zu belassen.

Wettbewerbsfähigkeit bedeutet aber auch, sich den veränderten Umweltgegebenheiten anzupassen, was Personalabbau wie -aufbau bedeuten kann. Gerade die Reaktionsfähigkeit eines Unternehmens ist für dessen Entwicklung äusserst wichtig. Sie ist es, die das Vertrauen in die Führung stärkt, dies selbst dann, wenn schmerzliche Massnahmen getroffen werden müssen. Aber auch hier ist der Weg wichtig. Er muss im Gespräch mit den Sozialpartnern gesucht werden

ZUM THEMA

•••••
Social value heisst «Sozialwerte» oder «soziales Wohlbefinden».

•••••
Informierte Menschen können getroffene Entscheide besser verstehen.

und darf nicht einfach diktiert werden. Abbaumassnahmen müssen sozialverträglich erfolgen.

Wettbewerbsfähig sein heisst Gewinn erzielen. In einer Verlustgesellschaft arbeitet keine Mitarbeiterin oder kein Mitarbeiter gerne, ihr stellt kein Investor langfristig finanzielle Mittel zur Verfügung, ihr fehlen die Ressourcen für Investitionen in Forschung und Entwicklung und in Sachanlagen, und sie hat keine Innovationskraft. Gewinn erzielt Social value.

Last, but not least ist Sozialkompetenz gefragt!

Eine Steigerung des sozialen Wohlbefindens gibt es aber nur, wenn wir alle unsere Sozialkompetenz erhöhen. Das heisst: Bereitschaft zum Zuhören, Willen, den Partner zu verstehen und auf ihn einzugehen, Fähigkeit, seine Meinung offen und ehrlich darzustellen und gemeinsam partnerschaftliche Lösungen zu finden. Diese Haltung brauchen wir, um unsere Zukunft zu gestalten. Dann werden wir eine gute und chancenreiche gemeinsame Zukunft haben, an der sich alle freuen können und die Wohlfahrt schafft. ■

GESUNDHEIT  Weiterhin Kopfprämien

Bezahlbar ohne neue Steuern

Die FDP ist erfreut über die bundesrätliche Entscheidung, die SP-Gesundheitsinitiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Die FDP wertet das Nein zu den Gegenvorschlagsplänen des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) als klare Absage an neue Steuern im Gesundheitswesen. Die FDP wird die Initiative im Parlament und vor dem Volk bekämpfen. Sie verlangt, dass das Departement Dreifuss jetzt zügig die Erarbeitung umfassender kostendämpfender Massnahmen an die Hand nimmt.

Seit der Bekanntgabe der nochmaligen Steigerung der Krankenkassenprämien wusste man um die Vorlieben des EDI für eine inkommensabhängige Finanzierung der Krankenkassenprämien. Aus der heutigen Krankenkassenprämie, die den Charakter einer Versicherungsprämie aufweist, wäre ein neues Umverteilungsinstrument, eine neue Steuer gemacht worden. Dieses systemfremde, gegen die Eigenverantwortung gerichtete Element hätte kostentreibend gewirkt. Um so erfreulicher

ist der Entscheid des Gesamtbundesrates, auf einen solchen Gegenvorschlag zu verzichten.

Die FDP setzt auf ein für jedermann bezahlbares Gesundheitswesen dank mehr Wettbewerb ohne neue Steuern. Sie erwartet vom Departement Dreifuss, dass vom Verstaatlichungsziel im Gesundheitswesen Abstand genommen und die Erarbeitung echt kostendämpfender Massnahmen zügig an die Hand genommen wird:

■ Die Grundversicherung soll nur Leistungen von

Leistungserbringerkategorien vergüten, die zur Deckung der Grundbedürfnisse nötig sind. Die vom EDI praktizierte ständige Leistungsausweitung wirkt kostentreibend und schränkt den Markt für Zusatzversicherungen ein.

■ Korrekturen bei der Zulassung neuer Leistungen und Leistungserbringer (inkl. deren Kategorien) und bei der Überprüfung des geltenden Katalogs nach den KVG-Voraussetzungen.

■ Mehr Wettbewerb im Spitalbereich. Die Subventionierung der Spitäler ist abzubauen. Dank dem Subventionsabbau frei werdende staatliche Mittel sind für Zwecke der obligatorischen Krankenpflege-Grundversicherung zu verwenden (z. B. Fallkostenbeiträge für die einzelnen Patienten). ■

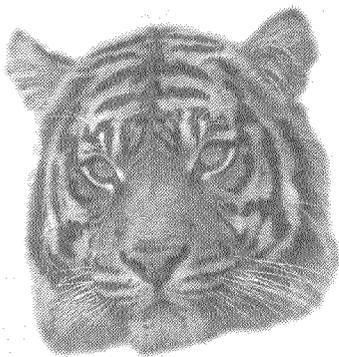
Aus der Wahlplattform 1999:

Eine weitere Verstaatlichung des Gesundheitswesens ist zu bekämpfen.

Für die Bekämpfung ständig höherer Krankenkassenprämien.

Dazu müssen in erster Linie die Leistungen der obligatorischen Grundversicherung vom Wünschbaren aufs Notwendige beschränkt werden. Eine weitere Verstaatlichung des Gesundheitswesens ist zu bekämpfen. Sie würde zu einer insgesamt schlechteren medizinischen Versorgung der Bevölkerung führen.

Bekämpfung steigender Prämien heisst mehr Netto für alle.



www.swisswebmaster.com

Der Partner für Ihren professionellen Internetauftritt!

Als Business-Partner von **swisscom** Internet-Masters

- beraten wir Sie bei Ihrem Internetauftritt,
- gestalten und unterhalten wir Ihre Homepage,
- bieten wir Ihnen Hosting- und Housingpakete an.

Sie finden unsere Referenzen unter <http://www.swisswebmaster.com>
Verlangen Sie jetzt bei **Hans-Ulrich Helfer** persönlich eine unverbindliche Offerte.

Die Presdok AG ist Business-Partner von **swisscom** Internet-Masters.
Hans-Ulrich Helfer, Presdok AG, Mimosenstrasse 5, Postfach, CH-8057 Zürich
Telefon: +41 1 312 10 50, Telefax: +41 1 312 10 45,
eMail: presdok@presdok.ch, Internet: <http://www.swisswebmaster.com>

swisscom

Schutz und Sicherheit

Das Schweiz. INFO-CENTER bietet mit seinen 130 ausstellenden Firmen und Institutionen die wichtigen Informationen für alle technischen Belange rund um die Sicherheit von Mensch und Areal sowie Fragen über Energie und Wärme im Bau. Die einzige Neuheitenschau mit neutraler Grundberatung, mit idealen Konferenz- und Seminarräumlichkeiten, eigenem Restaurant und 70 Parkplätzen. Eintritt frei, kein Verkauf.

- Einbruchschutz, Brandschutz, Bautenschutz, Sicherheit für Fenster und Türen, Alarmanlagen, Telekommunikation, Videoüberwachung, Safes.
- Öl-, Gas-, Holz-, Elektroheizungen, Wärmepumpen, Solar-energie, Bau- und Elektrobiologie, elektromagnetische Schirmung für den Schutz sensibler Räume (elektronischer Lausangriff/Störfelder usw.), Demoanlage für Heizenergie.

Hilfe zur Selbsthilfe

Die Interessengemeinschaft SELF-CARE-COMMUNAL zum Schutze der Bevölkerung vor Einbruch, Diebstahl, Raub, Sexualdelikten, Vandalismus und anderen Formen der Gewaltkriminalität steht in beratender Funktion den Gemeinden, Quartieren und Organisationen zur Verfügung in Fragen der Nachbarschaftshilfe, Hilfe zur Selbsthilfe, Prävention.

Politische Parteien

Ein Thema für viele Gemeinden ist die Sicherheit der Einwohner sowie der innere Schutz in Zusammenarbeit mit der Polizei.

ORTSPARTEIEN können für ihre Mitglieder ein Frühabend-Seminar im INFO-CENTER veranstalten. Hier werden die Besucher unter kundiger Beratung über alle Aspekte der Schutzmassnahmen für Haus- und Wohnungssicherheit informiert und bei Kurzreferaten und Diskussionsrunden die Möglichkeiten gemeindeinterner Massnahmen referiert.

Nutzen Sie als Ortspartei die Gelegenheit, die Vision einer «sicheren Gemeinde» zu realisieren. Auskunft über Daten und Kosten erhalten Sie durch das INFO-CENTER (siehe unten). Wir helfen Ihnen, dass Ihre Veranstaltung ein Erfolg wird.

Feuer - Rauch - Stromausfall

Im SWISS-SAFETY-PARK, dem idealen Übungsgelände des INFO-CENTERS, erlernen die Kursteilnehmer das «Alarmieren, Retten, Löschen, Evakuieren» unter erschwerenden Bedingungen sowie die Erste Hilfe als Sofortmassnahme bis zum Eintreffen der Feuerwehren, Polizei und Sanität.

Privatpersonen, Liegenschaftenbesitzer, Hauswarte, aber insbesondere die Betriebstechniker von Heimen, Spitätern und der Gastronomie beherrschen die Verhaltensmassnahmen in Stresssituationen nur durch praxisnahes Schulen. Die Kurse werden immer mit dem Veranstalter (Betrieb/Organisation) abgesprochen, damit sie branchenkonzentriert aufgebaut werden. Auskunft über INFO-CENTER (siehe unten).



Photo: Kapo Aargau


Info-Center
Sicherheit & Wärme

im Wiesenthal
8962 Bergdietikon
INFO-CENTER, Tel. (01) 740 50 00, Fax (01) 740 51 58
E-Mail: info-center@swissonline.ch

So finden Sie uns:

Ob von Bern, St. Gallen oder Zürich; **Autobahnausfahrt Urdorf Nord!** Dann auf der Hauptstrasse in Richtung **Bremgarten** fahren (ca. 3 km), nach der Migrol-Tankstelle beim Lichtsignal **Industrie Bergdietikon** rechts abbiegen, nach ca. 1 km wieder rechts zum **INFO-CENTER**. Hinweisschilder mit Salamander beachten.

Neues Material

Ab sofort sind die Folder fürs nächste Jahrtausend lieferbar:

- Unsere Ziele 1999–2003
- Sozialwerke sichern und Steuern stoppen!
(Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik)
- In Bildung und Arbeit investieren, damit sich Wissen auch in Zukunft auszahlt
(Wirtschafts- und Bildungspolitik)
- Selbstbewusste Zusammenarbeit statt Abschied von Europa und der Welt
(Aussenpolitik)
- Für eine Asylpolitik mit Hilfe vor Ort statt ungebremste Einwanderung in die Schweiz (Sicherheits- und Asylpolitik)

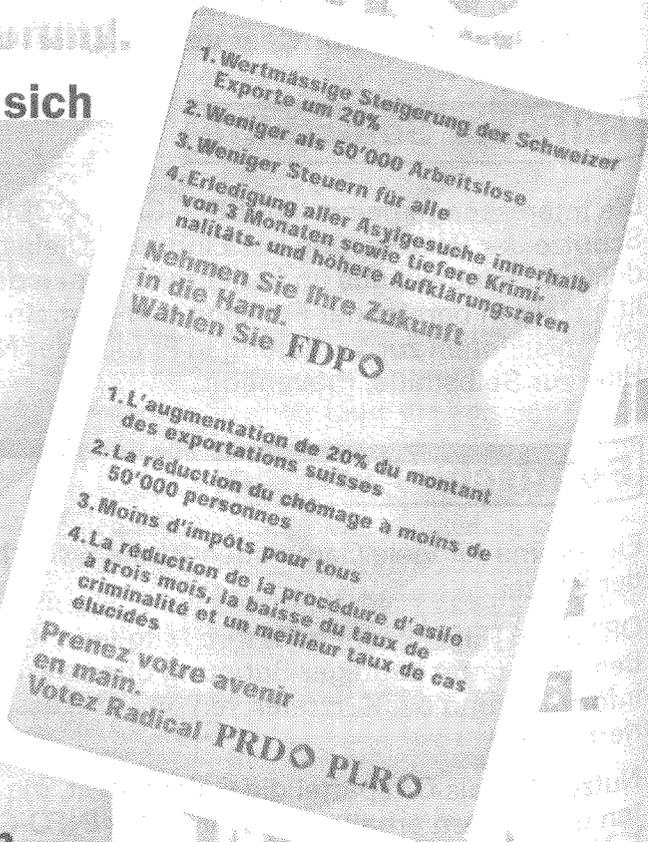
Ebenso ist die 18seitige Wahlplattform 99 «Sicherheit durch Erneuerung. Was wir erreicht haben. Was wir erreichen wollen. Mit Ihnen.» erhältlich.

Neu erhalten Sie auch die FDP-Kalender im Kreditkartenformat. Auf deren Vorderseite sind die Ziele der FDP für die Legislatur 1999–2003 aufgeführt.

Bestellen Sie bitte direkt bei FDP Schweiz, Erwin Aebischer,
Postfach 6136, 3001 Bern
Tel. (031) 320 35 35
Fax (031) 320 35 00
E-Mail: aebischer@fdp.ch

Die Linie für ein gutes Verhältnis zu Europa.

FDP



FDP

ein gutes Verhältnis zu Europa.

FDP

Friedrich Dürrenmatt's Partei

SILVESTER-REISEN

Stuttgart

❖ Neujahrskonzert
in Ludwigsburg



3 Tage inklusiv
Halbpension
Fr. 395.-

IHR REISEPROGRAMM

1. Tag: Schweiz-Stuttgart. Fahrt via Winterthur, Schaffhausen, Singen, nach Stuttgart. Ankunft um die Mittagszeit. Zimmerbezug im gewählten Hotel und individuelle Gestaltung des Nachmittages. Am Abend steht der Höhepunkt des Tages auf dem Programm: das **Silvester-Gala-Abendessen im Hotel** (inbegriffen).

2. Tag: Stuttgart - zur freien Verfügung. Ausschlafen und gemütliches Katerfrühstück. Ganzer Tag zu Ihrer freien Verfügung. Oder, **fakultativer Ausflug nach Ludwigsburg.** Besichtigung des berühmten Barockschlosses von Ludwigsburg. Anschliessend geniessen Sie das grossartige, vom **Sinfonieorchester der Stadt Ludwigsburg** und dem **Bosart Trio** präsentierte Neujahrskonzert im gediegenen Konzertsaal des «Forum am Schlosspark».

3. Tag: Stuttgart-Schweiz. Nach dem Frühstücksbüffet im Hotel Fahrt via Oberndorf nach Rottweil am oberen Neckar. Die Stadt ist über ihre Grenzen hinaus durch die gleichnamige Hunderasse bekannt. Das Stadtbild wird von Häusern geprägt, die überwiegend während des Barocks und der Renaissance erbaut wurden. Zahlreiche Brunnen vervollständigen den harmonischen Eindruck. Fakultatives Mittagessen. Am Nachmittag Weiterfahrt auf aussichtsreicher Strecke durch die Landschaft der Schwäbischen Alb, vorbei an Hechingen und Balingen, zurück in die Schweiz zu den Einsteigeorten.

Preise pro Person	
3 Tage inkl. Halbpension	Fr. 395.-
Einzelzimmerzuschlag	Fr. 110.-
Fakultativ: Neujahrskonzert Ludwigsburg	Fr. 40.-
Fakultatives Mittagessen in Rottweil	Fr. 25.-
Annullationschutz obligatorisch	Fr. 15.-

Reisedatum 1999/2000
Freitag bis Sonntag: 31.12.1999-02.01.2000

Twerenbold-Leistungen

- Fahrt mit modernem Fernreisebus
- Unterkunft im gewünschten Hotel
- Alle Zimmer mit Dusche/Bad und WC
- 2x Frühstücksbüffet
- 1x Abendessen (Halbpension)
- Silvester-Galmenü im Hotel
- Erfahrener Chauffeur/Reiseleiter

IHRE HOTELS ZUR AUSWAHL

Das **Hotel Mercure**** Stuttgart-München** bietet Komfortzimmer mit Bad/WC, TV und Minibar sowie einen Fitnessbereich mit Hallenschwimmbad, Sauna und Solarium.
Das **Hotel Marlott**** Sindelfingen** liegt unweit des Zentrums und bietet Zimmer mit allem Komfort, Restaurant, Bar, Erholungsbereich mit Hallenschwimmbad, Sauna und Solarium.

Abfahrtsorte für alle Reisen:
Basel, Aarau, Baden-Rüthof, Zürich, Winterthur

PRIVAT CAR TERMINAL
Für unsere Kunden stehen
in Baden-Rüthof
100 Gratis-Parkplätze zur Verfügung.

Dresden

❖ Silvester-Party im Hotel
❖ Neujahrskonzert
mit der **Dresdner
Philharmonie**

6 Tage inklusiv
Halbpension
Fr. 955.-

IHR REISEPROGRAMM

1. Tag: Schweiz-Dresden. Fahrt nach Dresden. Zimmerbezug und Abendessen im 1. Klass-Hotel Elbflorenz

2. Tag: Dresden. Vormittags geführte Rundfahrt in Dresden. Auf Grund der stilvollen Neugestaltung während des 18. Jh. nennt man Dresden auch «Florenz des Nordens». Die spätere Zerstörungen durch einen Luftangriff der Alliierten im Februar 1945 konnten zwar nicht ganz behoben werden, aber es ist gelungen, einige der schönsten Bauwerke sorgfältig wieder aufzubauen. Dazu zählen die Semperoper, die Hofkirche und der Zwinger. Der Nachmittag steht Ihnen zur freien Verfügung. Abendessen im Hotel.

3. Tag: Ausflug Erzgebirge (fak.). Vormittags Fahrt in den Kurort Seiffen im Erzgebirge. Neben dem einstigen Erzbergbau ist es für seine Holzschnitzereien und Spielzeugwaren bekannt. Ein Besuch im Spielzeugmuseum steht auf dem Programm. Das nächste Ziel ist Annaberg-Buchholz, das kulturelle Zentrum des westlichen Erzgebirges. Besichtigung des «Frohauer-Hammers», ein technisches Denkmal der Eisenverarbeitung.

4. Tag: Silberstadt Freiberg. Fahrt nach Freiberg, der bedeutendsten sächsischen Bergbaustadt. Bummeln Sie durch den Altstadtkern und besichtigen Sie den Dom mit der Silbermann-Orgel. Nachmittags Rückfahrt ins Hotel. Zeit zum «frisch machen». Unter dem Motto «**Silvesterknaller**» feiern wir den Eintritt ins Jahr 2000 im Hotel. Bei einem Büffet mit Tanzmusik, Animation, feinem Sekt und genüsslichem Mitternachtsimbiss mit Feuerwerk erleben Sie den Beginn des Jahres 2000!

5. Tag: Dresden-Neujahrskonzert. Ausschlafen und Katerfrühstück. Geniessen Sie den freien Tag in Dresden. Frühes Abendessen im Hotel. Ein weiterer Höhepunkt dieser Reise ist das **Neujahrskonzert der Dresdner Philharmonie** im Kultur-Palast. An guten Plätzen geniessen Sie bei einem Glas Wein Musik von Johann Strauss in Wiener Manier.

6. Tag: Dresden-Rückfahrt in die Schweiz.

Preise pro Person	
6 Tage inkl. Halbpension	Fr. 955.-
Einzelzimmerzuschlag	Fr. 135.-
Zuschlag Neujahrskonzert: Kategorie 1	Fr. 20.-
Kategorie 2	Fr. 15.-
Annullationschutz obligatorisch	Fr. 20.-

Reisedatum 1999/2000
Dienstag bis Sonntag: 28.12.1999-02.01.2000

Twerenbold-Leistungen

- Fahrt mit modernem Fernreisebus
- Unterkunft im Erstklasshotel Elbflorenz in Dresden
- Alle Zimmer mit Dusche/Bad und WC
- 5x Halbpension (Frühstück und Abendessen)
- «Silvesterknaller» (Party) im Hotel
- Alle aufgeführten Ausflüge und Besichtigungen (ausgenommen 3. Tag, Erzgebirge)
- Geführte Stadtbesichtigung in Dresden
- Neujahrskonzert, Karten Kat. 3
- Erfahrener Chauffeur/Reiseleiter

IHR HOTEL

Sie wohnen im **Hotel Elbflorenz****** an zentraler, aber doch ruhiger Lage, wenige Minuten vom Zwinger und der Semperoper entfernt.

Marienbad-Böhmen

❖ Neujahrskonzert
in **Marienbad**
❖ Fakultativer Ausflug
ins «**Goldene Prag**»

6 Tage inklusiv
Halbpension
Fr. 725.-

IHR REISEPROGRAMM

1. Tag: Schweiz-Marienbad. Hinfahrt via Nürnberg nach Marienbad. Begrüssungsgetränk und Zimmerbezug.

2. Tag: Marienbad und Karlsbad. Wir beginnen den heutigen Tag mit einem geführten Rundgang. Marienbad (Mariánské Lázně), gehört neben dem alten Karlsbad und dem jüngeren Franzensbad zu den grossen, berühmten Kurorten des bekannten westböhmisches Bäderdreiecks. Nach der Mittagspause Fahrt nach Karlsbad (Karlovy Vary), dem berühmtesten Kurort Böhmens. Auch Karlsbad findet dank Restaurierungen seine ehemalige Schönheit wieder.

3. Tag: Tagesausflug nach Prag (fakultativ). «Goldenes Prag» wird die Hauptstadt Tschechiens mit ihren über 100 Türmen und Kuppeln, imposanten Brücken und altherwürdigen Häusern gern genannt. Es sind vor allem die herrlichen, aus dem frühen Mittelalter stammenden Bauten, die Prager Burgstadt (Hradschin), die Teynkirche oder das Altstädter Rathaus, die eine unverwechselbare Silhouette voll einzigartiger Schönheit schaffen. Auf einer geführten Rundfahrt lernen wir die wichtigsten Sehenswürdigkeiten kennen. Der Nachmittag steht zur freien Verfügung.

4. Tag: Marienbad & Kloster Tepla. Freier Morgen in Marienbad. Nachmittags Ausflug zum Kloster Teplá, der geistigen Gründerstätte Marienbads mit der zweitgrösste Bibliothek Böhmens. Anschliessend geniessen Sie einen heissen Glühwein. Rutsch ins Neue Jahr mit **Silvester Gala-Dinner, Tanz und Musik.**

5. Tag: Neujahrskonzert & Naturschutzgebiet «Kladsko». Ausschlafen und genüsslich frühstücken. Am späten Vormittag **Neujahrskonzert in Marienbad.** Am Nachmittag Spaziergang im Naturschutzgebiet «Kladsko». Anschliessend laden wir Sie zu Kaffee und Apfelstrudel ein.

6. Tag: Marienbad-Rückfahrt in die Schweiz.

Preise pro Person	
6 Tage inkl. Halbpension	Fr. 725.-
Einzelzimmerzuschlag	Fr. 145.-
Fakultativer Ausflug Prag	Fr. 50.-
Annullationschutz obligatorisch	Fr. 15.-

Reisedatum 1999/2000
Dienstag bis Sonntag: 28.12.1999-02.01.2000

Twerenbold-Leistungen

- Fahrt mit modernem Fernreisebus
- Unterkunft im erstklassigen Hotel Butterfly
- Alle Zimmer mit Dusche/Bad und WC
- 5x Halbpension (Frühstücksbüffet und Abendessen)
- Begrüssungsgetränk
- Silvesterabend mit Tanz und Musik
- Alle aufgeführten Ausflüge (ausg. fak. Ausflug Prag)
- Geführter Stadtrundgang in Marienbad und Karlsbad
- Besichtigung Kloster Teplá mit Glühwein
- Neujahrskonzert in Marienbad
- Kaffee und Apfelstrudel
- Erfahrener Chauffeur/Reiseleiter

Einreisebestimmungen

Schweizer Bürger benötigen für die Einreise in die Tschechische Republik einen noch 3 Monate über das Einreisedatum hinaus gültigen Reisepass.

IHR HOTEL

Sie wohnen im erstklassigen **Hotel Butterfly** im Herzen der Kurzone von Marienbad. Alle Zimmer verfügen über Dusch/Bad und WC, Direktwahltelefon und Minibar.

Ein weiteres attraktives Silvesterangebot

Bonn und Beethoven:
Neujahrskonzert die «Neunte»
4 Tage inkl. HP **Fr. 895.-**

Damit alle gut fahren, seit 1895.

TWERENBOLD

Buchungs-Tel. 056 484 84 84

Twerenbold Reisen AG Fislisbacherstrasse 5406 Baden-Rüthof

WAHLANALYSE  Kein Rechtsrutsch

Die Zeit danach

Die liberalen Grundwerte Verantwortung, Leistung, Toleranz und Freiheit müssen im Mittelpunkt freisinniger Politik stehen. Mit diesen Werten gelinge auch die klare Abgrenzung nach rechts, führt die St. Galler Nationalrätin Milli Wittenwiler, Wattwil, in einer kritischen Analyse zu den Nationalratswahlen aus.

Die Bürgerinnen und Bürger haben zum letztenmal in diesem Jahrtausend die Vertreterinnen und Vertreter des Eidgenössischen Parlamentes gewählt. Zurück bleibt bei mir ein Gefühl der Trauer und der feste Wille, noch stärker daran zu arbeiten, um dem liberalen Gedankengut zum Durchbruch zu verhelfen.

«Vorhang auf für die SVP...»

...stand auf der Frontseite eines Gratisanzeigers. Man darf der SVP ein Kränzlein winden: Keiner Partei ist es gelungen, so viel mehr Wählerinnen und Wähler an die Urne zu bringen wie ihr. Aber war sie erfolgreich,

weil sie ihren Wählern erprobte Altware verkaufte? Oberflächliche, populistische, leicht verdauliche Ideen, die wie Lösungen aussahen, in Wirklichkeit aber nur eine Quelle schlimmerer Probleme in ferner Zukunft sind?

Dieselbe Partei, die sich immer «auf das Volk» beruft, in den letzten Jahren aber 16 Abstimmungen «vor dem Volk» verloren hat, soll nun die führende Partei im Bundeshaus sein? Mein Empfinden nach den Wahlen weckt, trotz meinem persönlichen

Erfolg, ein Gefühl der Trauer.

Wo sind die Frauen?

Es ist ja bekannt: Die Frauen machen prozentual den grösseren Teil des Stimmvolkes aus. Die SVP-Fraktion hat sich um rund 40 Prozent vergrössert. Im Nationalrat werden aber nur, wie bisher, drei Frauen Platz nehmen. Und im Ständerat finden wir keine Vertreterin der Volkspartei. Heisst es auch da: «Das Volk hat immer recht», oder vielleicht doch eher: «Ich habe immer recht»?

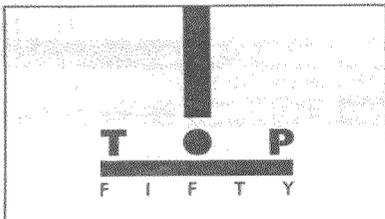
Und jetzt, wie weiter?

Eines ist für mich klar: Der Stimmbürger, die Stimmbürgerin will das Original und nicht eine Kopie! Für mich besteht kein Anlass, die politische Positionierung der FDP zu verändern. Die gesamtheitliche Politik der FDP, bei der immer der Mensch im Mittelpunkt steht, hat in der letzten Legislatur meist zu zukunftsorientierten Lösungen beigetragen. Die FDP hat wohl gerade deshalb kaum Wähler verloren. Es ist ihr aber nicht gelungen, neue Wählerinnen und Wähler zu gewinnen und die «eigenen Unzufriedenen» von der Nachhaltigkeit freisinniger Politik zu überzeugen und zu mobilisieren. Das muss sich ändern, um in vier Jahren wieder zu den Erfolgreichen zu gehören. Mit einer klaren Kommunikation der eigenen Positionen und Lösungen müssen wir das Feld besetzen. Ein Rechtsrutsch Richtung «Zürcher SVP» ist für mich, die weiterhin die liberalen Grundwerte

ZUM THEMA

-
Mein Empfinden nach den Wahlen weckt, trotz meinem persönlichen Erfolg, ein Gefühl der Trauer.
-
Für mich besteht kein Anlass, die politische Positionierung der FDP zu verändern.
-
Ein Rechtsrutsch Richtung «Zürcher SVP» ist für mich, die weiterhin die liberalen Grundwerte Verantwortung, Leistung, Toleranz und Freiheit vertreten will, keine Alternative.

Verantwortung, Leistung, Toleranz und Freiheit vertreten will, keine Alternative.



Interims-Management der Spitzenklasse

Top Fifty AG, Management
Bahnhofstr. 28, 6300 Zug
Tel. 041 729 80 47
Fax 041 729 80 41
www.top50.ch
c.vonah@top50.ch



Nationalrätin Milli Wittenwiler, diplomierte Bäuerin, Wattwil, stellt in ihrem Artikel kritische Fragen zum Frauenanteil der erstarkten SVP.

**Sibylle Burger-Bono
Präsidentin
von Alliance F**

**Der Bund
Schweizerischer
Frauenorganisationen,
Alliance F,
hat unsere Präsidentin,
Sibylle Burger-Bono,
zu seiner Präsidentin
gewählt.**

Wir gratulieren herzlich!

«FREISINN»-WETTBEWERB  Die richtige Antwort

Was hat Karl Tschuppert gesagt?



«Sagen Sie dem Villiger Kaspar nochmals, er solle nicht zu schnell sprechen.»
«N'oublie pas, ce soir chambre 312.»

Die «Freisinn»-Redaktion dankt auch allen weiteren Einsenderinnen und Einsendern fürs Mitmachen. ■

.....

Wahl zum Generalsekretär

Zum Generalsekretär des Kantonsgerichts St. Gallen wurde im Frühjahr dieses Jahres der 38jährige Berner Fürsprecher Michael Balmelli-Mühlematter gewählt, der sein Amt vor rund zwei Monaten angetreten hat. Der neue Generalsekretär amtierte vorher als Chef des Präsidialsekretariates der Schweizerischen Asylkurskommission.

Wir gratulieren!

Foulard und ein FDP-Portefeuille, gehen an:

Frau Heidi Seitz in Buchs (AG) für:

«Das FDP-Foulard würde Ihnen ausgezeichnet stehen...»
und an

Herrn Ernst Lutz in Emmenbrücke für:

«Isch das dä neuvi Halschetti vo dä Liberale?»
Nicht ausgezeichnet, aber hier doch erwähnt seien ein paar weitere Sprüche:

Im letzten «Freisinn» haben wir Sie gefragt, welchen Satz der Luzerner FDP-Nationalrat Karl Tschuppert der Moderatorin Silvia von Ballmoos zugehaucht hat. Hier die besten Antworten und die Namen der Gewinner.

GUS. Ausserordentlich viele Leserinnen und Leser haben sich am «Freisinn»-Wettbewerb in der Ausgabe 11/99 beteiligt. Die Hauptpreise, nämlich ein FDP-

TERMINE

Dezember

- 6.-22. Wintersession
- 8. Wahlfeiern Ständeratspräsident und Nationalratspräsident
- 9. Geschäftsleitung
- 15. Vereinigte Bundesversammlung
- 16. Wahlfeier Bundespräsident

Januar 2000

- 18. Presseverband
- 21. Geschäftsleitung / Sekretärenkonferenz
- 22. Delegiertenrat / a. o. Delegiertenversammlung

Februar

- 11./12. Fraktionsseminar
- 17. Bundesratsparteien-Gespräche
- 18. Von-Wattenwyl-Gespräche
- 25./26. Vorsektionale Fraktions-sitzung, inkl. Treffen mit Regierungsräten

März

- 6.-24. Frühjahrssession
- 6. Groupe Latin
- 9. Geschäftsleitung
- 12. Eidg. Abstimmung
- 14. Apéritif der Fraktion mit Mitgliedern der Bundesverwaltung

Werben Sie erfolgreich in Ihrer Parteizeitung!

Mit einem Inserat in 78 000 Exemplaren von «Freisinn FDP Schweiz» erreichen Sie viele interessierte Leserinnen und Leser, denen Sie Ihre Angebote präsentieren und empfehlen können.

Erschliessen Sie sich diesen attraktiven Markt.

Ich/wir möchte/n mehr über die Werbemöglichkeiten in «Freisinn FDP Schweiz» erfahren:

- Bitte senden Sie mir/uns den aktuellen Anzeigentarif.
- Nehmen Sie bitte umgehend mit mir/uns Kontakt auf.

Name/Firma: _____

Zuständig: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Fax: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden/faxen an:
KRETZ AG, Verlag und Annoncen
Postfach, 8706 Feldmeilen

Telefon (01) 923 76 56, Fax: (01) 923 76 57
E-Mail: kretz_ag@bluewin.ch



1. SESSION

Karikatur Andreas Töns

WIRTSCHAFTSPOLITIK ◊ Notwendigkeit für Erneuerung der Rahmenbedingungen

Die Schweiz braucht ein Programm für besseren Wettbewerb

Die Standortentscheide und Umstrukturierungen von Adtranz, Algroup und Bally geben viel zu reden. Einmal mehr wird der Ruf nach massiven staatlichen Interventionen laut. Dies wäre für die Verhinderung weiterer solcher Entscheide reines Gift. Vielmehr muss die Schweiz im Interesse der Arbeitsplätze und mit dem Ziel des besseren Wettbewerbs einer neuen ordnungspolitischen Fitnesskur unterzogen werden.

VON
**FDP-GENERALSEKRETÄR
JOHANNES MATYASSY,
MURI**



Es soll hier in aller Deutlichkeit gesagt werden:

Das Vorgehen der Adtranz bei der Ankündigung der Verlegung der Standorte Pratteln und Oerlikon ins Ausland ist schlecht kommuniziert worden und entbehrt jeder Sensibilität für die Mitarbeitenden, die Sozialpartner und die Standorte. Entlassungen und Standortentscheide dieses Ausmasses können unternehmerisch notwendig sein. Ohne Erleuchtung der genauen Hintergründe stossen solche Entscheide aber auf noch mehr Empörung und Unverständnis, als sie es ohnehin würden.

Vom Shareholder value zum staatlichen Manna?

Zu Fragen Anlass gibt die Situation in der Aluminiumindustrie im Wallis: Zum einen wird permanent dem Shareholder value gehuldigt – ein Begriff, der im übrigen zu Unrecht einen derart negativen Ruf hat –, zum andern heisst es plötzlich, der Kanton müsse sich

an der Modernisierung der Anlagen beteiligen. Worauf sich einige Kreise im Wallis nun zu überlegen scheinen, einen Teil der betroffenen Anlagen zu verstaatlichen. Wohin solche sozialistische Logik führt, haben unzählige Beispiele vor allem im Ausland gezeigt: In den sicheren Niedergang, der letztendlich mit viel grösserem Leid einhergeht und volkswirtschaftliche Mehrkosten verursacht. Unternehmer, die ihren Standortentscheid von staatlicher Intervention abhängig machen wollen, sind unglaublich unwürdig. Diese Haltung ist vielmehr Ausdruck einer kurzfristig orientierten Einstellung, möglichst unter allen Titeln (Subventionen, Steuerrabatte, verbilligte Kredite usw.) von einem Staat Unterstützung zu verlangen – eine wenig unternehmerische Haltung.

Nachweisbare Erfolge der ersten Liberalisierungswelle

Die Schweiz hat innerhalb der letzten fünf Jahre entscheidende Verbesserungen in bezug auf die Weltmarktfähigkeit vollbracht und dabei den Arbeitsmarkt sogar noch leicht flexibilisiert – nicht so stark, wie es die FDP gewünscht hatte, aber

immerhin. Daneben wurden die Staatsbetriebe Post, Teledom und SBB näher an den Markt geführt, ein Kartell- und ein Binnenmarktgesetz geschaffen. All das hat mit dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit innert zwei Jahren von weit über 5 Prozent auf rund 2,3 Prozent gesunken ist. Jene, welche die erste Liberalisierungswelle der neunziger Jahre mit Schreckgespenstern zu bekämpfen versuchten, sahen sich statt dessen mit nachweisbaren Erfolgen konfrontiert.

Fitnesskur für besseren Wettbewerb

Diese günstige Einschätzung wurde soeben wieder vom Internationalen Währungsfonds bei seiner jährlichen Prüfung der Mitgliedsstaaten bestätigt. Auch klar ist, dass ein Ausruhen auf diesen Lorbeeren nicht drinliegt. Der internationale Wettbewerb der Standorte, der nicht wegzudiskutieren ist, erfordert weitere, nächste interne und externe Schritte für besseren Wettbewerb. Besserer Wettbewerb heisst:

■ Durch- und Umsetzung der bilateralen Verträge.

■ Umfassende Verhandlungen im Rahmen der nächsten WTO-Verhandlungsrunde in Seattle mit dem Ziel des Zoll- und Handelsschrankenabbaus:

Kleine offene Volkswirtschaften wie die Schweiz profitieren vom Freihandel.

■ Möglichst weitgehende Verselbständigung ehemaliger Staatsbetriebe: Der Bund wird zum Minderheitsaktionär. Dieser Schritt wird geknüpft

sein an die transparente Abgeltung politisch gewollter Service-Public- und Sicherheits-Leistungen.

■ Verstärkung der Wettbewerbskontrolle.

Einige Vorarbeiten in dieser Richtung wurden bereits geleistet, insbesondere vom Volkswirtschaftsdepartement und von der Kommission für Konjunkturfragen. Die Standortentscheide dieser Tage zwingen zu politischen Taten, die sich nicht auf – notwendige – Feuerwehrrübungen zur Symptombekämpfung beschränken, sondern die Bedingungen für besseren Wettbewerb und damit für Arbeitsplätze in der Schweiz erneuern. Die politische Gelegenheit ist günstig: Vom seit der letzten Ersatzwahl wieder deutlicher bürgerlich entscheidenden Bundesrat und vom neugewählten Parlament müsste man eigentlich Unterstützung für diese freisinnigen ordnungspolitischen Anliegen erwarten dürfen. ■

ZUM THEMA

.....
Unternehmer, die ihren Standortentscheid von staatlicher Intervention abhängig machen wollen, sind unglaubwürdig.

.....
Jene, welche die erste Liberalisierungswelle der neunziger Jahre mit Schreckgespenstern zu bekämpfen versuchten, sahen sich statt dessen mit nachweisbaren Erfolgen konfrontiert.

.....
Die Standortentscheide dieser Tage zwingen zu politischen Taten, die sich nicht auf – notwendige – Feuerwehrrübungen zur Symptombekämpfung beschränken, sondern die Bedingungen für besseren Wettbewerb und damit für Arbeitsplätze in der Schweiz erneuern.

Frohe Festtage

und einen guten Rutsch ins neue Jahr



wünschen Ihnen
Geschäftsleitung,
Generalsekretariat und
«Freisinn»-Redaktion.